

7 FAKTEN ZUR BEITRAGSSATZ-ENTWICKLUNG

6 Von der linken in die rechte Tasche

Seit 1995 haben die jeweiligen Bundesregierungen 17 Gesetze erlassen, die der gesetzlichen Krankenversicherung Geld entziehen, um damit Löcher in der Rentenversicherung oder bei der Bundesagentur für Arbeit zu stopfen. Besonders schwer zu verkraften ist die gesetzlich verordnete Kürzung der Krankenkassenbeiträge für Arbeitslose. Die Bundesagentur verfügt inzwischen über einen Milliarden-Überschuss. Die Krankenkassen dagegen werden mittlerweile jedes Jahr mit mehr als sieben Milliarden Euro belastet. Ohne diesen staatlichen Aderlass wäre die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung trotz aller Probleme weit weniger dramatisch.

7 Neue Aufgaben durch die Gesundheitsreform

Die geplante Gesundheitsreform verschafft den Krankenkassen keine Luft. Im Gegenteil: Die neuen Leistungen für die Versicherten haben ihren Preis und führen zu Mehrkosten. Hinzu kommen die noch nicht bezifferbaren Kosten für die anstehende Reform der ärztlichen Vergütung und für die bundesweite Einführung der elektronischen Gesundheitskarte. Auch die Kosten für die Einlagerung von Impfstoffen für den Fall einer großen Grippewelle wollen die Bundesländer auf die Krankenkassen abwälzen. Kostenpunkt: zwischen 1,3 und 1,7 Milliarden Euro.

@ Mehr Informationen im Internet

www.gkv.info
www.aok-bv.de
www.bkk.de
www.ikk.de
www.lsv.de
www.see-bg.de/seekrankenkasse
www.vdak-aev.de

- 1** 19 Prozent Mehrwertsteuer! Die Ausgaben der Krankenkassen für Arzneien, Hilfsmittel und Fahrkosten steigen um fast eine Milliarde Euro.
- 2** Für versicherungsfremde Leistungen erhalten die Krankenkassen weniger Geld. Der zugesagte Ausgleich sinkt 2007 von 4,2 auf 2,5 Milliarden Euro.
- 3** Die Spanne zwischen den Gesundheitsreformen wird immer kürzer. Doch der „große Wurf“ ist ausgeblieben. Die Spareffekte sind weitgehend verpufft.
- 4** Gute medizinische Versorgung für 72 Millionen Menschen hat ihren Preis. Die Ausgaben für Medikamente, Ärzte, Zahnärzte und Kliniken steigen jedes Jahr.
- 5** Man kann nur ausgeben, was man einnimmt. Von der Konjunkturerholung profitieren die Krankenkassen erst, wenn auch Löhne und Gehälter steigen.
- 6** Löcher in der Rentenversicherung oder bei der Bundesagentur für Arbeit stopft die Politik seit Jahren mit Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung.
- 7** Die geplante Gesundheitsreform verschafft den Krankenkassen kaum Luft. Im Gegenteil: Neue Leistungen müssen zusätzlich bezahlt werden.

Impressum:

Herausgeber: AOK-Bundesverband, BKK Bundesverband, Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen, IKK-Bundesverband, See-Krankenkasse, Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V. / Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V. (VdAK/AEV)

Verantwortlich für den Inhalt: VdAK/AEV (federführend), Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende

Redaktion: Thomas Rottschäfer (KomPart)

Grafik: Ulrich Scholz Design, Düsseldorf

Herstellung: KomPart Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Kortrijker Straße 1, 53177 Bonn
Telefon: 0228 84900-0, Telefax: 0228 84900-20, E-Mail: verlag@kompart.de



Die gesetzliche Krankenversicherung informiert

Ihr neuer **Beitrag** zur
Krankenversicherung

7 FAKTEN ZUR BEITRAGSSATZ-ENTWICKLUNG

DARUM STEIGEN DIE BEITRÄGE DER GESETZLICHEN KRANKENKASSEN

Damit die gute medizinische Versorgung von 72 Millionen gesetzlich Krankenversicherten bezahlt werden kann, müssen die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenkassen zum Jahreswechsel steigen. Das liegt nicht daran, dass die Kassen schlecht gewirtschaftet haben. Denn im Wettbewerb achtet jede Krankenkasse darauf, zusätzliche Belastungen für ihre Versicherten zu vermeiden. Verantwortlich für steigende Beiträge sind die Große Koalition und die früheren Bundesregierungen. Falsche politische Weichenstellungen belasten die Krankenkassen allein 2007 mit fast sieben Milliarden Euro. In der gesetzlichen Krankenversicherung müssen deshalb die Beiträge um durchschnittlich 0,7 Prozentpunkte angehoben werden. Dafür gibt es viele Gründe – und die sind vorwiegend von der Politik hausgemacht ...

1 Die Mehrwertsteuer steigt

19 Prozent Mehrwertsteuer! Das trifft auch die Krankenkassen. Durch die Steuererhöhung um drei Prozentpunkte schnellen allein die Ausgaben für Medikamente, Hilfsmittel und Fahrkosten um 950 Millionen Euro nach oben. Viele andere europäische Länder erheben hierfür keine oder eine reduzierte Mehrwertsteuer.



2 Die Versicherten zahlen die Zeche

2007 erhalten die Krankenkassen deutlich weniger Steuermittel. Statt 4,2 werden es wohl nur noch 2,5 Milliarden Euro sein. Die Bundesregierung hält sich nicht an die Zusage, gesellschaftspolitische Leistungen der Krankenkassen angemessen auszugleichen. Fünf Milliarden Euro geben die gesetzlichen Krankenkassen jedes Jahr für Aufgaben aus, um die sich eigentlich der Staat kümmern müsste. Das sind zum Beispiel Leistungen für Schwangere und junge Mütter, Haushaltshilfen oder das Kinder-Krankengeld. Die Versicherten zahlen die Zeche.

3 Viele Reformen, wenig Wirkung

Seit Jahren verspricht die Politik den Krankenkassen finanzielle Entlastung und zwingt sie zur „Beitragsdisziplin“. Doch grundlegende Reformen sind bisher ausgeblieben. Und die Wirkung fast aller Spargesetze ist verpufft. Stattdessen weist der Gesetzgeber den Kassen immer neue Aufgaben zu, zum Beispiel die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte.

4 Mehr Ausgaben

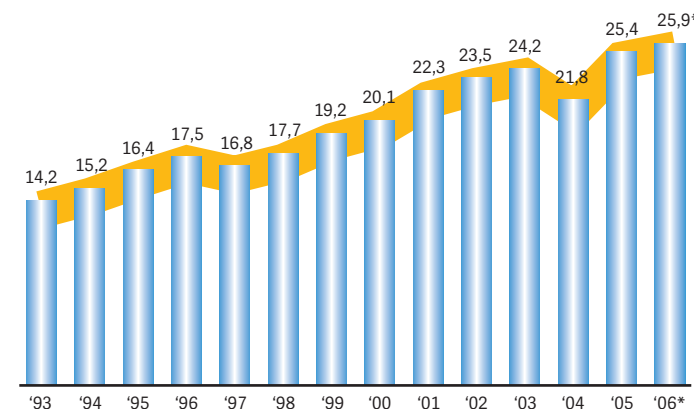
Die gesetzliche Krankenversicherung sichert eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung – unabhängig von Alter, Geschlecht oder Einkommen. Das hat seinen Preis. Und der steigt, allen Sparanstrengungen zum Trotz. Die Krankenkassen müssen immer noch vieles bezahlen, was zwar teuer ist, den Patienten aber nicht unbedingt mehr nützt. Das treibt vor allem die Ausgaben für Arzneimittel weiter in die Höhe. Das Gesetz für eine wirtschaftlichere Versorgung mit Arzneimitteln wirkt. Aber 2006 liegen die Ausgaben für Pillen und Pasten schon wieder über dem Niveau des Vorjahres. Und auch die Einführung der neuen Krankenhaus-Finanzierung wird sich frühestens in den nächsten Jahren kosten-senkend auswirken.

5 Weniger Einnahmen

Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen sind an das Arbeitseinkommen der Beschäftigten gekoppelt. Immer noch fast vier Millionen Arbeitslose, kaum Lohnzuwachs, weniger Urlaubs- oder Weihnachtsgeld: Die Konjunkturflaute nach 2001 hat die Krankenkassen hart getroffen. Zu allem Überfluss hat der Gesetzgeber die Krankenkassenbeiträge für arbeitslose Versicherte gekürzt. Die Schere zwischen geringeren Einnahmen und weiter steigenden Ausgaben hat sich in den zurückliegenden Jahren immer weiter geöffnet. Von der Konjunkturerholung profitiert die gesetzliche Krankenversicherung erst dann, wenn die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zunimmt und auch die Löhne und Gehälter steigen.

2004 hat die letzte Gesundheitsreform den Anstieg der Arzneimittelausgaben kurzfristig gestoppt. Doch schon 2005 haben die Krankenkassen für Medikamente wieder mehr bezahlt als für die Behandlung beim Arzt. 2006 erreichen die Ausgaben eine neue Rekordmarke.

Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Arzneimittel
(in Milliarden Euro)



* Prognose GKV
Quelle: Bundesgesundheitsministerium